



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller, Dr. Florian Herrmann, Angelika Schorer, Berthold R uth, Martin Bachhuber, Eric Beißwenger, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Dr. Martin Huber, Alexander König, Anton Kreitmair, Manfred L ndner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Martin Sch ffel, Thorsten Schwab, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Harald Schwartz, Klaus Steiner, Jürgen Str bel, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko, Prof. Dr. Gerhard Waschler und Fraktion (CSU)**

Kein übereilter Aktionismus bei EU-Feuerwaffenrichtlinie

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich gegenüber dem Bund und der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass das bestehende Recht insbesondere für den Umgang und den Handel mit Waffen und Munition, zur Ausübung der Jagd und des Sport- und Brauchtums-schieens sowie des Waffensammelns nicht durch Änderungen der Europäischen Feuerwaffenrichtlinie beeinträchtigt wird. Das sehr gut funktionierende deutsche Waffenrecht hat sich in seinem gesamten Regelungsgehalt auch unter Sicherheitsaspekten bewährt; Verschärfungen, deren Folgen außer Verhältnis zum erzielbaren Nutzen stehen, sind zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit nicht erforderlich.

Begründung:

Die Europäische Kommission plant die EU-Feuerwaffenrichtlinie (91/477/EEC) aufgrund der tragischen Vorkommnisse in Paris schneller zu ändern, als bisher vorgesehen. Es sollen dabei strengere Vorschriften geschaffen werden, um u.a. bestimmte halbautomatische Waffen zu verbieten, Waffenerlaubnisse auf fünf Jahre zu befristen und verpflichtende medizinische Tests für die Erteilung und Verlängerung vorzuschreiben, sowie den Onlinehandel mit Waffen und Waffenteilen einzudämmen.

Das deutsche Waffenrecht hat sich im Kern bewährt. Änderungen sind nur geboten, falls sie die öffentliche Sicherheit erhöhen und dies in einem angemessenen Verhältnis von Folgen und Nutzen steht.

Nach bisherigen Erkenntnissen wurden bisherige Anschläge, wie der in Paris im November 2015, mit illegal besessenen Waffen verübt. Eine Vermischung von legalem und illegalem Waffenbesitz gaukelt Sicherheit vor, schafft sie aber nicht.

Änderungen der Feuerwaffenrichtlinie, die nicht zu einer Erhöhung der öffentlichen Sicherheit führen und deren Folgen außer Verhältnis zum Nutzen stehen, sind deshalb abzulehnen.